

Liebe CVP Frauen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten

**Am 21. Mai 2017 stimmen wir über das Energiegesetz ab.** Das Gesetzespaket ist ein pragmatischer Kompromiss nach fünfjähriger Parlamentsarbeit. Die CVP Frauen Schweiz, die Delegierten der CVP Schweiz und des Kantons Zug, sowie die Leitung der CVP Frauen Zug empfehlen diese Vorlage mit grosser Mehrheit zur Annahme.

## JA – ENERGIEGESETZ (ENG) VOM 30. SEPTEMBER 2016

Das Volk will Komfort und es will eine Energieversorgung, die kosteneffizient, nachhaltig und sicher ist. Mit diesem Rahmengesetz will der Bundesrat und das Parlament, dass die Versorgung der Schweiz auf vier Säulen abgestützt ist: **Effizienz, erneuerbare Energiequellen, leistungsfähige Grosskraftwerke zur Stromproduktion und Energie-Aussenpolitik.** Diese Zielsetzungen sind zusammen mit dem Atom-Ausstieg Bestandteil der Energiestrategie 2050.

Energieeffizienz ist das Kernstück der neuen Energiepolitik. Das bedeutet einerseits, energieeffiziente Technologien einsetzen und andererseits, weniger Energie verbrauchen. In der Schweiz besteht ein grosses Effizienzpotential. Ein Drittel lässt sich mit technischen Mitteln ohne Komfortverlust einsparen. Dazu braucht es Zielvereinbarungen mit Anreizen zur Steigerung der Effizienz für Industrie und Dienstleister.

Das Gesetzespaket verstärkt die Förderung und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Bau und Betrieb von Kleinkraftwerken und Solaranlagen, die energetische Nutzung von Holz und Biomasse und die energetische Sanierung von Gebäuden schaffen viele regionale Arbeitsplätze und ermöglichen eine hohe Wertschöpfung in den Regionen, gerade in ländlichen Gegenden.

Neue AKW in der Schweiz sind keine Alternative. Dafür lassen sich weder Investoren noch Standorte finden. Der Bau neuer Atomkraftwerke ist bei einer Annahme dieser Vorlage verboten.

Unsere Bundespräsidentin Doris Leuthard schreibt: *Mit dem ersten Massnahmepaket der Energiestrategie 2050 können wir den Energieverbrauch senken, die Abhängigkeit von fossilen Energien reduzieren und die einheimischen erneuerbaren Energien stärken. Damit bleiben die Investitionen in der Schweiz und fliessen nicht ins Ausland ab. Das dient der Bevölkerung und Wirtschaft. Ein Ja zur Vorlage führt zudem zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie.*

**Mit einem JA zur Energiestrategie 2050 ist unser Land für die Zukunft gerüstet**

\* Quellen: energie-cluster.ch / CVP Frauen Schweiz / Die Politik / Abstimmungserläuterungen des RR Kt. Zug

Gleichzeitig findet am **21. Mai 2017 eine kantonale Abstimmung** statt. Eine Gesetzesinitiative der Jungen Alternativen und der JUSO Zug vom letzten Jahr fordert mehr günstigen Wohnraum im Kanton Zug. Konkret wollen die Initianten, dass innert 20 Jahren 20 Prozent günstiger Wohnraum generiert wird.

## **NEIN – GESETZESINITIATIVE FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM IM KANTON ZUG**

Das tönt im ersten Moment so, als müsste man dieser Initiative zustimmen, um den jungen Bürgerinnen und Bürger eine Chance einzuräumen, im Kanton Zug wohnen bleiben zu können.

Aber was heisst 'bezahlbarer Wohnraum' und wo steht geschrieben, dass wir ein Recht auf Wohnraum im Kanton Zug oder sonst wo haben? Die Mietzinse sinken nicht, indem heute viele neue gemeinnützige Wohnungen erstellt werden. Doch genau dies suggeriert die Initiative. Die hohen Mietzinse sind eine Folge der grossen Nachfrage im Kanton Zug. Je mehr bezahlbarer Wohnraum gebaut wird, desto grösser wird die Nachfrage. Die Überbauung Roost in der Stadt Zug zeigt, dass die Hälfte der Mieterinnen und Mietern von extern in die Stadt gezogen sind, also wurde hier nicht günstiger Wohnraum für Zugerinnen und Zuger geschaffen.

Der Wohnungsbau ist grundsätzlich Sache der Privatwirtschaft. Neubauten können nicht billig realisiert werden, auch wenn sie gemeinnützig sind. Die Ansprüche bei einem Neubau sind auch bei gemeinnützigen Wohnungen hoch. Die Wohnungen sollen geräumig und bestens ausgebaut sein, zwei Bäder und einen grossen Balkon haben, dazu sollen sie perfekt isoliert und mit alternativen Heizmethoden ausgestattet sein.

Der Kantonsrat beschloss 2013 im Richtplan in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden zusätzliche zukunftsweisende raumplanerische Massnahmen: Kanton und Gemeinden unterstützen die Förderung des preisgünstigen Wohnraums bei Arrondierungen der Bauzonen. Sie betreiben eine aktive Landpolitik und legen bei Umzonungen, die eine Mehrnutzung zulassen, gezielt Anteile für preisgünstigen Wohnraum fest. Bei Grundstücken der öffentlichen Hand besteht eine Selbstverpflichtung zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Die Förderungshilfen des Kantons wirken langfristig. Zurzeit stehen zehn Bauvorhaben mit mehr als 300 Wohnungen von Bauträgerinnen und Bauträgern in Planung. Mit Blick auf die von der Stadt Zug geschaffenen Zonen für preisgünstige Wohnungen und die aktive Bodenpolitik der Gemeinden werden in den nächsten Jahren weitere 600 bis 800 preisgünstige Wohnungen erwartet.

Wir verstehen, dass dieses Thema politisch aufgegriffen wird und finden es gut, dass sich die Bevölkerung mit diesem Thema auseinandersetzt und diese Diskussion geführt wird. Wir finden es wichtig, dass sich die Gemeinden und der Kanton dieser Angelegenheit annehmen und sie ernst nehmen. Die Argumentation soll sachlich bleiben und nicht kontraproduktiv auf unsere Zukunft wirken. Darum sagen wir Nein zu dieser Gesetzesinitiative.

**Das NEIN zur Juso-Initiative ist ein Ja zu zukunftsweisenden Massnahmen, die langfristig greifen werden**

Zug, im April 2017

**Das Leitungsteam der CVP Frauen Kanton Zug**

Blättler Christine | Hegglin Sonya | Hertig Lisa | Kremmel Corina | Roschi Fabienne | Zingg Susana